

Einbringung Haushalt 2017

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

*Ein Land, das versucht, durch Steuern reich zu werden,
ist wie ein Mann, der in einem Eimer steht und versucht,
sich selbst am Henkel nach oben zu ziehen.*

(Winston Churchill)

Ich habe dieses mal länger überlegen müssen, welches Zitat derzeit zur allgemeinen Haushaltssituation der Kommunen passt. Ich bin dann auf das Zitat von Winston Churchill gestoßen und finde das Zitat passt hervorragend zur derzeitigen Haushaltssituation vieler Kommunen. Es wird kräftig an der Steuerschraube, Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer, gedreht aber nicht um Geld anzusparen, sondern um Defizite auszugleichen oder zu mindern. Auch für die Gemeinde Dörentrup trifft dies zu. Wir haben eine Anhebung der Grundsteuern beschlossen und schaffen es trotzdem nicht den Haushalt 2017 ausgeglichen darzustellen. Erst am Ende des Finanzplanungszeitraumes ab 2019 bzw. 2020 ist der Haushaltsausgleich darstellbar bzw. weist der Haushalt Überschüsse aus. Trotz sparsamer Haushaltsführung will der Haushaltsausgleich nicht gelingen.

Mit der Anhebung der Hebesätze für Gemeindesteuern beginnen die Kommunen die letzten noch bestehenden Ertragsoptionen zu ziehen. Ich frage mich, warum trotz boomender Konjunktur die Finanzsituation der Kommunen so schlecht ist und was soll erst passieren, wenn die Konjunktur nicht mehr boomt. Es stehen im nächsten Jahr 2 Wahlen an. Mir graut schon jetzt davor, welche Wahlgeschenke gemacht werden, die dann von den Kommunen finanziert werden müssen, ohne den entsprechenden Finanzausgleich zu erhalten.

Ich erinnere schon jetzt an die Überlegungen zur Ausweitung des Unterhaltsvorschusses der die Kreise vor erhebliche finanzielle und personelle Probleme stellt, die die Kommunen dann über die Kreisumlage bzw. Jugendamtsumlage zu finanzieren haben.

Wenn also in absehbarer Zeit auch die Hebesätze an ihre Grenzen gestoßen sind und eine weitere Belastung der Bürger nicht mehr vertretbar ist, müssen die Potentiale auf der Aufwandsseite gesucht werden. Dies geht nur über interkommunale Zusammenarbeit, auch wenn jede einzelne Kommune Kompetenzen abgeben muss. Die Kommunen werden es sonst nicht schaffen. Das Beharren auf Eigenständigkeit muss aus den Köpfen heraus und darum ist es auch wichtig, im Rahmen des Leaderprozesses nachhaltige Ergebnisse einer interkommunalen Zusammenarbeit zu erzielen und umzusetzen.

Ansonsten suche ich mir schon einmal einen großen Eimer aus, und werde zu Hause trainieren, um das von Churchill zitierte Kunststück doch noch zu schaffen.

Die Einschätzung der Erfolgsaussichten überlasse ich dann Ihnen.

Kommen wir nun zum Haushaltsplanentwurf 2017 und zuerst zum **Ergebnisplan**. Der Ergebnisplan schließt mit Erträgen i. H. v. 17.867.050 € und Aufwendungen i. H. v. 17.603.350 € ab. Daraus resultiert ein „Ordentliches Ergebnis“ von 263.700 €. Nach Hinzurechnung des negativen Finanzergebnisses (Finanzerträge abzüglich Zinsen und ähnliche Aufwendungen) ergibt sich ein Jahresdefizit von 300.300 €.

Kommen wir nun zu den einzelnen Positionen im Ergebnisplan.

Erträge:

Steuern und ähnliche Abgaben

Die Steuern und ähnliche Abgaben sollen im Jahresvergleich 2017 zu 2016 um ca. 580.000 € steigen. Den Schwerpunkt hierbei bilden die Erhöhungen der Gemeindesteuern. Die Gewerbesteuer soll um ca. 250.000 € und die Grundsteuer A und B zusammen um ca. 100.000 € steigen. Bei der Grundsteuer A ist der Hebesatz um 20 Punkte und bei der Grundsteuer B um 40 Punkte erhöht worden. Bei der

Gewerbsteuer wurde aufgrund der Vorjahresergebnisse eine deutliche Steigerung eingerechnet. Dabei bitte ich zu berücksichtigen, dass die Prognose der Gewerbsteuer immer schwierig ist. Die Gemeindeanteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer sind mit den Orientierungsdaten hochgerechnet worden.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die allgemeinen Umlagen und Zuwendungen verbessern sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 140.000 €. Wobei die Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr um ca. 360.000 € niedriger ausfallen. Dieses Minus ist durch die Veranschlagung von Fördermittel für den Breitbandausbau i. H. v. 440.000 € in 2017 und 2018 ausgeglichen worden. Beim Breitbandausbau fallen aber in gleicher Höhe auch Aufwendungen an, was bei den Schlüsselzuweisungen nicht der Fall ist.

Öffentlich –rechtliche Leistungsentgelte

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte mit ca. 3.7 Mio. € ändern sich kaum. Dies habe ich bereits bei der Gebührenbedarfsberechnung vorgetragen. Auch in den Folgejahren rechnet die Verwaltung mit stabilen Entgelten sowohl bei Abfall, Wasser und Abwasser. Trotz dieser Prognose halte ich die Erstellung eines Konzeptes zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Wasser- und Abwasser für erforderlich um Einsparungspotentiale zu erkennen und zu erzielen.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte schlagen mit ca. 300.000 € zu Buche und steigen somit um ca. 80.000 €. Diese Mehrerträge sollen unter anderem durch die Vermietung der erworbenen und ausgebauten Wohnungen erzielt werden.

Kostenerstattung und Kostenumlagen

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen wird mit Mindererträgen i. H. v. ca. 308.000 € gerechnet. Den größten Anteil bilden hier die geringeren Zuwendungen für Asylbewerber, die in 2017 gegenüber 2016 um 380.000 € sinken. Insgesamt erwartet die Gemeinde an Kostenerstattungen 1.625.850 €.

Sonstige ordentliche Erträge und aktivierte Eigenleistung

Die sonstigen ordentlichen Erträge sinken um 25.000 €. Die aktivierten Eigenleistungen bleiben unverändert bei 11.100 €. Größere Veränderungen sind nicht festzustellen.

Aufwendungen

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen steigen insgesamt um ca. 130.000 € auf 3,7 Mio. €. Diese Mehraufwendungen entsprechen den Tariferhöhungen für 2017 (2,35 %) und der Berücksichtigung der bisher vakanten Stelle im Abwasserbereich. Diese soll kurzfristig besetzt werden.

Weitere Angaben zur Personalsituation erfolgen beim Stellenplan. Die Personalkosten machen 21 % der Gesamtaufwendungen aus.

Versorgungsaufwendungen

Die Versorgungsaufwendungen liegen unverändert bei 174.000 €.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sinken um ca. 110.000 € auf 1,6 Mio. €. Diese Minderaufwendungen treten bei verschiedensten Positionen auf. Besonderheiten sind hier nicht auszumachen. Vielleicht ist zu erwähnen, dass für 2017 der Freibadbetrieb ruht und so nur im geringen Umfang Aufwendungen zu berücksichtigen sind.

Bilanzielle Abschreibungen

Die bilanziellen Abschreibungen erhöhen sich um ca. 30.000 € auf 1.942.600 €.

Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen sinken in 2017 um 74.500 € auf insgesamt 7.554.800 €. Dabei steigt die Kreisumlage um 176.100 € und die Jugendamtsumlage um ca. 72.000 €. Die Transferaufwendungen für Asylbewerber können aber um ca. 345.000 € gesenkt werden. Es sei denn, es kommt eine neue Flüchtlingswelle auf uns zu. Die Transferaufwendungen machen mit 43 % den größten Aufwandsposten aus.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen steigen um ca. 610.000 € auf 2.515.100 €. Die Mehraufwendungen entstehen weitestgehend durch den Breitbandausbau der mit 440.000 € veranschlagt ist und die Veranschlagung von LEADER-Projekten i. H. v. 125.000 €. Entsprechende Fördermittel sind bei den Erträgen veranschlagt.

Damit ergibt sich im Ergebnisplan ein Jahresdefizit von 300.300 €.

Kommen wir nun zum Finanzplan und den anstehenden Investitionen in 2017.

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit schließt mit einem Plus von 722.690 € ab. Die Einzahlungen für Investitionstätigkeit betragen 1.714.900 €. Die Auszahlungen für Investitionen belaufen sich auf 2.668.700 €. Damit ergibt sich eine Finanzierungslücke von 953.800 €.

Im Haushaltsplanentwurf sind folgende Investitionen über 50.000 € veranschlagt:

- **Brandschutz:** Anschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges Ansatz 50.000 €.
- **Regional und Bauleitplanung:** Freiraumplanung Bega Ansatz 245.000 €.
- **Freibad:** Energetische Ertüchtigung, Ansatz in 2017 = 1.2 Mio. € und 600.000 € in 2018
- **Freibad:** Modernisierung Kinderbecken, Ansatz 390.000 €.
- **Wasserversorgung:** Erneuerung Versorgungsleitung Querental, Ansatz 50.000 €.
- **Abwasserbeseitigung:** Geschlossene Kanalisierung, Ansatz 125.000 €.
- **Abwasserbeseitigung:** Regenwasserbehandlung Sedi-Pipe Neuenkamp, Ansatz 60.000 €.
- **Abwasserbeseitigung:** Erneuerung Druckentwässerungsstationen, Ansatz 50.000 €.

An Kreditaufnahmen sind veranschlagt für

- Investitionskredite 500.000 €,
- für Umschuldung 1.450.000 €,

die Tilgung beträgt (einschließlich der Umschuldung) 2.326.400 €,

ohne die Umschuldung 876.400 €.

Nach derzeitiger Einschätzung wird zum Jahresende 2016 mit liquiden Mitteln in Höhe von ca. 1,6 Mio. € gerechnet. Daher steht noch nicht fest, ob der Investitionskredit aufgenommen werden muss. Dies ist auch abhängig von der Auszahlung der Zuwendungen. Ggfls. kann auch ein kurzfristiger Liquiditätskredit aufgenommen werden.

Kommen wir abschließend zum Stellenplan 2017.

Stellenplan 2017

Der Stellenplan 2017 weist 67,13 Stellen aus. Dies sind 0,67 Stellen mehr als der Stellenplan 2016. Wie bzw. wo Änderungen auftreten, ist im Haushaltsplanentwurf beschrieben.

Derzeit sind 2 Stellen nicht besetzt. Wegen der Nichtöffnung des Freibades wird eine Stelle vorerst intern besetzt. Die andere Stelle könnte im lfd. Jahr aber noch besetzt werden.

Bei den Personalaufwendungen, ergeben sich aufgrund der neuen Entgeltordnung neue Zuordnungen. Die hierfür erforderlichen Durchführungsbestimmungen sind bisher noch nicht veröffentlicht. Eine Überleitung der Mitarbeiter erfolgt daher im lfd. Jahr. Im jetzigen Stellenplan sind noch keine Zuordnungen nach der neuen Entgeltordnung erfolgt.

Fazit:

Die Haushaltsprognosen sagen für 2017 und insbesondere für 2018 jeweils ein schwieriges Haushaltsjahr voraus. Im letzten festgestellten Jahresabschluss 2015 wurde ein Defizit von 256.565,77 € festgesetzt. Die Ausgleichsrücklage besteht per 31.12.2015 noch mit 644.400 €. Das würde bedeuten, dass nach den Planansätzen bereits im Jahr 2018 die Ausgleichsrücklage aufgebraucht wäre. Die Verwaltung geht aber davon aus, dass das Jahresergebnis 2016 positiver ausfallen wird und somit auch nach 2018 noch eine Ausgleichsrücklage besteht.

Abschließend die Beurteilung des Haushaltsplanentwurfes 2017.

Der Pessimist wird sagen:

- Die Ertragspositionen sind zu optimistisch veranschlagt,
- trotz hoher Steuerkraft ist der Haushaltsausgleich nicht gelungen,
- die Ausgleichsrücklage ist in 2018 aufgebraucht.

Ich muss dazu sagen, dieser Aussage kann ich zustimmen.

Der Optimist wird sagen:

- Der Planungszeitraum bis 2020 sieht für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 wieder Haushaltsüberschüsse vor,
- die Ausgleichsrücklage wird auch 2018 noch Bestand haben,
- die Jahresrechnungen sind in der Vergangenheit immer besser ausgefallen als die Planungen
- und die Investitionskredite sind trotz erheblicher Investitionen nicht gestiegen.

Auch hier muss ich sagen, der Aussage kann ich zustimmen.

Es stellt sich daher die Frage wie beurteile ich diesen Entwurf?

Als Pessimist oder Optimist?

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeitern, insbesondere Frau Ahrens, für Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes bedanken.

Für die anstehenden Beratungen im Januar und Februar wünsche ich uns eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Ziel eine gemeinsame Strategie im Umgang mit dem Defizit zu finden.

Ich bin mit Winston Churchill angefangen und möchte auch mit ihm enden. Ihm wird beim Vergleich des Optimisten mit dem Pessimisten folgendes Zitat zugeschrieben.

*Ein Optimist sieht eine Gelegenheit in jeder Schwierigkeit,
ein Pessimist sieht eine Schwierigkeit in jeder Gelegenheit.*

Seien wir daher trotz des negativen Beginnes meiner Haushaltsrede optimistisch, dass die Vernunft in den Köpfen der Entscheider siegt und auf Wahlgeschenke zu Lasten der Kommunen verzichtet wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Burkhard Rüther

Kämmerer